

MANEO+



S. 2

MANEO-Feierstunde

REDE DER BERLINER GENERALSTAATSANWÄLTIN MARGARETE KOPPERS

S. 15

Opferhilfe

**NOTFALLHELPER
AM TATORT**

S. 20

Was ich erlebt habe

**HOMOPHOBIE
TUT HÖLLISCH WEH**

S. 22

Im Regenbogenkiez

**SUMMER
SCHEME**

Foto: 18.07.19 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg. Gruppenbild auf dem Balkon des John-F.-Kennedy-Saals mit Teilnehmenden der Feierstunde.



Titelstory

„VIELE KLEINE, IN SICH GESCHLOSSENE UND HOMOGENE WELTEN, DIE SICH IN ‚DIGITALEN ECHO-BLASSEN‘ BEWEGEN“

E

”

inmal im Jahr lädt MANEO zu seiner Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO ein, traditionell kurz vor dem Straßenfest. Damit erinnert MANEO gleichzeitig auch an die Ursprünge des Straßenfestes. Es war 1992 vom MANEO-Projektleiter initiiert und anschließend sechs Jahr lang von ihm geleitet und koordiniert worden. Die Feierstunde fand am 18. Juli 2019 im Rathaus Schöneberg statt. Als Gastrednerin war Margarete Koppers, Generalstaatsanwältin von Berlin, eingeladen worden. Sie sprach zum Thema „Herausforderungen des Rechtsstaates und seiner Sicherheitsbehörden: Vertrauensbildung, Transparenz und Dialog“. Im nachfolgendem veröffentlichen wir ihr Redemanuskript. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Finke,

Ich freue mich sehr, mit Ihnen feiern und zu Ihnen, danach hoffentlich auch mit Ihnen sprechen zu können.

Herr Finke hat mich Ende Juni als Rednerin angefragt. Er wollte die aktuelle Diskussion um etwaige Verstrickungen von insbesondere Polizei in rechte Gruppierungen thematisieren. Er berichtete von seiner, von Ihrer Sorge um die Entwicklung und ihn beschäftigt die Frage, was Sie, was wir tun können und müssen. Denn, so Herr Finke in seiner Anfrage an mich: „die rechtsradikalen Übergriffe einerseits, vor allem aber die jetzt offensichtlichen und vermuteten größeren, unsäglichen Netzwerke in den Sicherheitskreisen, beschädigen unsere bisherigen Bemühungen, zerstören mühsam in den letzten 29 Jahren aufgebautes Vertrauen.“

Ich habe ein wenig gezögert, zuzusagen. Denn das ist ein schwieriges Thema, auch weil ich keine Patentrezepte habe und mich selbst sehr Sorge. Aber letztlich geht kein Weg daran vorbei, sich mit dieser Herausforderung zu beschäftigen, sich kritischen und besorgten Fragen zu stellen. Und gerne tue ich das im Dialog mit Ihnen.

Aber lassen Sie mich von vorn anfangen. Worum geht es?

Als für mich denkwürdigstes Ereignis gab es im Herbst letzten Jahres Hass- und Drohmails gegen eine Frankfurter Rechtsanwältin, die im NSU-Strafverfahren vor dem OLG München die Nebenklage vertreten hat und aktuell verschiedene Menschen verteidigt, die der Mitgliedschaft in oder Tätigkeit für den IS beschuldigt werden.

Als mutmaßliche Verfasser der Mails wurden Polizisten eines Frankfurter Polizeireviere ermittelt und eine ganze Reihe von ihnen vom Dienst suspendiert. Bezugnehmend auf diese Maßnahmen tauchten im Anschluss weitere Droh- und Hassmails auf, die sich auch gegen die kleine Tochter der Anwältin und gegen ihre Eltern richteten.

Ich bin mit dieser Anwältin befreundet und weiß, was diese Mails mit ihr und in ihrer Familie angerichtet haben.

Aber nicht nur in Hessen wird seither diskutiert, wie tief verstrickt Polizei in rechte Strukturen oder wie anfällig für rechts-populistisches Gedankengut sie ist. Immer wieder berichten die Medien über Fälle, die auf eine Verstrickung von Mitgliedern verschiedener Sicherheitsbehörden in rechtspopulistische oder gar extremistische Gruppierungen hindeuten oder aber zumindest Übergriffe/Straftaten darstellen. Ich zitiere hier nur einige wenige Artikel der letzten Wochen, um den Rahmen meiner Ansprache nicht zu sprengen.

Der Tagesspiegel berichtete am 24. Mai 2019 unter der Überschrift „Extremistische Polizisten - Berlin kennt die Rechten im eigenen Amt nicht“ über verschiedene Fälle der vergangenen Jahre. Da geht es um einen Beamten, der in internen Chats zum Jahreswechsel 2016/17 an seine Kollegen im LKA mit „88“ – also dem Zahlencode für „Heil Hitler“ unterschrieb. Ein anderer LKA-Beamter hatte Ende 2017 Drohbriefe an Linke aus dem Umfeld der Rigaer Straße mithilfe von Daten aus dem Polizeidatensystem verfasst. Ein weiterer Beamter wurde benannt, der bei der AfD war und 2015 bei Pegida-Demos in Brandenburg mit Parolen von rechtsextremen Gruppen auffiel. Zudem werden im Artikel Vorwürfe erhoben, Polizisten könnten mit rechten Tätern gemeinsame Sache machen und gingen nicht entschieden genug gegen rechtsextreme Straftaten vor – wie etwa bei der Anschlagserie gegen Politiker und Bürger in Neukölln. Ein LKA-Beamter aus einem Observationsteam stand im Verdacht, sich mit einem Hauptverdächtigen in einer Kneipe getroffen zu haben.

Am 15. Juni 2019 berichtete die Deutsche Welle unter der Überschrift „Die Angst in Görlitz vor der AfD“ vom Wahlkampf eines für die AfD als Oberbürgermeister kandidierenden früheren Polizeikommissars. Auf seinem Kandidatenprofil hatte er u.a. geschrieben: „Unsicherheit, Überregulierung und Minderheitenwahn zerstören jedes eigenverantwortliche Streben“.

Monitor berichtete am 27. Juni 2019 unter der Überschrift „Corpsgeist, Schikane, Mobbing: Wie kritische Polizisten ausgebremst werden“.

Am 5. Juli 2019 berichtete die taz über drei Polizeischüler, die wegen rechter Äußerungen bei einem Basketballspiel zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren.

Die Berliner Abendschau berichtete ebenfalls am 5. Juli 2019 unter dem Titel „AfD umgarnt Polizisten“, dass die AfD in ihrem Wahlprogramm besonders stark um Polizist*innen wirbt. Das bestätigt auch der interviewte AfD-Abgeordnete. Gern geriert sich seine Partei als Bewahrerin des Rechtsstaates. Der Berliner Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) erzählt im Beitrag des rbb vom Frust der Berliner Beamten, der angeblich mangelnden Rückendeckung in der Politik und versteigt sich zu der These, die Berliner Parteien seien für viele Polizisten zu weit nach links gerückt.

Diese These halte ich für gefährlich. Denn bedient wird damit ein rechtes Narrativ, dass nur die Partei am rechten Rand die Interessen der Staatsbediensteten wahrnehme und es deshalb nur allzu verständlich sei, wenn frustrierte Beamte sich ihr zuwendeten.

Aber nein, das ist es nicht!

An diesem Narrativ wird allerdings schon längere Zeit gestrickt. Und Beamte aus den unterschiedlichsten Funktionen bedienen es, nicht nur aus der Polizei.

In den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene tauchen sie als Abgeordnete der AfD auf. In Berlin war es im letzten Wahlkampf ein Leitender Oberstaatsanwalt, der für die AfD Brandenburg in den Bundestag einzog. In Karlsruhe äußerte sich ein Staatsanwalt in extremer Weise in den sozialen Medien und das auch noch unter gezielter Offenlegung seines Amtes. Er sitzt als Mitglied der AfD im Bundestag. Der ehemalige Leiter des für das Regierungsviertel zuständigen Polizeiabschnitts in Berlin kandidierte für die AfD zur Kommunalwahl 2019 in Hennigsdorf und wurde ins Stadtparlament gewählt.

Am 6. Juli 2019 berichtete u.a. der Tagesspiegel über die „Todeslisten“ der rechtsextremistischen Gruppe Nordkreuz. Der Gründer dieser Gruppe ist ein SEK-Beamter. Zusammen mit drei weiteren Polizisten soll er Munition aus Polizeibeständen entwendet und tausende Patronen gehortet haben. Eine bei ihm sichergestellte Maschinenpistole soll aus Bundeswehrbeständen stammen.

Über die Ursachen dieser Entwicklung wird öffentlich gestritten. Und natürlich wehren sich die Sicherheitsbehörden gegen pauschale Schuldzuweisungen und dagegen, pauschal in die rechte Ecke gestellt zu werden. Ich selbst habe acht Jahre lang in der Polizei Berlin gearbeitet und sehr viele aufrechte,



Foto: 18.07.19 - Feierstunde in Würdigung des ehrenamtlichen Engagements für MANEO im Rathaus Schöneberg.

mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehende Polizistinnen und Polizisten kennengelernt und erlebt. Das ist nach meinem Dafürhalten auch die Mehrheit. Aber als im Sommer 2017 plötzlich die Sprachdatei eines Aushilfslehrers der Polizeiakademie auftauchte, in der offen rassistisch gegen migrantische Schüler Stimmung gemacht wurde, die Medien aber nicht diesen Umstand, sondern das angebliche Unterwandern der Polizei von arabischen Großfamilien skandalisierten, brach es auch in internen Blogg-Einträgen aus der Polizei heraus. Ich hatte das Gefühl, von einer rechtspopulistischen Welle weggeschwemmt zu werden.

Was ich beobachten konnte und schon von klügeren Menschen vor mir als „Anti-Elite-Stimmung“ benannt worden ist, war eine Stimmung „wir hier unten gegen die da oben“. So wie gesamtgesellschaftlich zu beobachten findet kein echter Austausch mehr zwischen den Ebenen statt. Es bilden sich einzelne abgeschottete Milieus heraus, die nicht mehr miteinander kommunizieren können oder wollen. Es gibt viele kleine, in sich geschlossene und homogene Welten, die sich in „digitalen Echoblasen“ bewegen, nur noch um sich selbst kreisen und sich in ihre Narrative oder Ideologien verrennen.



Foto: 15.05.19 - Margarete Koppers, Generalstaatsanwältin Berlin beim ‚Kiss Kiss Berlin - Regenbogenkuchenanschnitt‘ im Kriminalgericht. Mit im Bild: Dr. Berndt Pickel, Kammergerichtspräsident. Foto © Kammergericht Berlin. © Kammergericht Berlin.

So viel zur Situationsbeschreibung. Was ist aber zu tun? Wie können Sie dem entgegen wirken? Was müssen wir in den staatlichen Institutionen tun, um Vertrauen zu erhalten oder da, wo es schon verloren gegangen ist, wieder aufzubauen?

Nach meinem Dafürhalten ist es extrem wichtig, dass wir alle, die wir uns gegen Rechts positionieren, uns nicht verängstigen und einschüchtern lassen, nicht leiser werden, sondern weiter laut und deutlich Stellung beziehen. Sonst haben die Rechten ihr Ziel schon erreicht.

Und wir müssen uns vergewissern, uns gegenseitig bestärken: Wir haben keine Weimarer Verhältnisse. Wir leben in einer stabilen Demokratie, wir haben eine stabile Verfassung und ein wunderbares Bundesverfassungsgericht, das an so mancher Stelle Fehlgriffe des doch so sehr tagespolitischen Strömungen erliegenden Gesetzgebers beseitigt. Die Bundesrepublik hat schon mehrere Krisen vergleichbarer Art bewältigt. Wir sind ein Land der Mitte geworden mit einer klaren Ablehnung der Mehrheit gegenüber extremen politischen Positionen.

Allerdings darf dieser Befund nicht dazu verführen, dass wir uns ausruhen und die Stabilität unseres demokratischen Rechtsstaats als selbstverständlich ansehen. Ein Blick in unsere Nachbarstaaten belegt, dass wir aufgefordert sind, aktiv für unser System einzutreten.

Die zum Teil deutlich spürbare Politik- und Institutionenverdrossenheit dürfen wir nicht kleinreden. Aber wir sind die Mehrheit und in der Lage, mit solchen herausfordernden Situationen umzugehen und aus ihnen zu lernen.

Nur ein kleines, aber nicht zu unterschätzendes Indiz: In Görlitz hat nicht die AfD, sondern ein Kandidat der CDU gewonnen, der selbst einer von den Rechtspopulisten abgelehnten Minderheit angehört.

Was ist nun mit dem immer wieder behaupteten Vertrauensverlust in den Rechtsstaat? Dass die Rechtspopulisten ihn entgegen ihrer Verlautbarungen nicht stützen, sondern ablehnen, ist nicht neu. Dass Vertreter verschiedener Berufsverbände aus den Sicherheitsbehörden damit argumentieren, ist auch nicht neu, weil sie glauben, auf diese Weise die Politik zum Handeln bewegen zu können. Das halte ich allerdings für dumm und gefährlich, weil sie damit den Rechtspopulisten in die Hände spielen und selbst dazu beitragen, dass Vertrauen verloren geht.

Was aber nicht von der Hand zu weisen ist, ist eine kritische Betrachtung und vielleicht auch größere emotionale Distanz zur Justiz und den Sicherheitsbehörden. Uns zu vertrauen ist nicht mehr selbstverständlich und wir werden, auch aus berechtigter Sorge vor der Entwicklung, einer kritischen Befragung unterzogen, ob wir den aktuellen Herausforderungen gewachsen sind.

Dieser kritischen Auseinandersetzung müssen wir uns stellen und deutlich machen, was wir im Kampf gegen Rechts tatsächlich tun. Das passiert aktuell aber auch sehr klar.

Der Generalbundesanwalt führt die Verfahren gegen die Gruppe Nordkreuz genauso hartnäckig und intensiv wie gegen die sog. „Revolution Chemnitz“. Der NSU Komplex ist noch lange nicht abgeschlossen, es wird weiter zu den Strukturen und Zusammenhängen ermittelt.

Ich habe die bundesweit gestreuten Drohmails des sog. Staatsstreicherorchesters und der NSO 2.0 in Berlin zu einem Sammelverfahren zusammengeführt. Wir in der Generalstaatsanwaltschaft haben das Verfahren gegen den oder die Absender zu NSO 2.0 übernommen, einen Beschuldigten namhaft gemacht und inhaftiert; die Ermittlungen zur möglichen Struktur dahinter dauern noch an.

Das Richterdienstgericht in Karlsruhe hat das Verfahren gegen den rechtspopulistischen Staatsanwalt konsequent durchgezogen und ihn im August 2018 aus dem öffentlichen Dienst entfernt.

In der Polizei Berlin gibt es einen Polizisten, der sehr aktiv bei Twitter unter seinem vollständigen Namen und parallel als Mitglied des Vereins „Polizeigrün“ unterwegs ist, seine nicht dem Mainstream der Polizei entsprechende politische Auffassung offenbart und sich kritisch äußert zu allen Themen, die eine rechtspopulistische Haltung von Polizist*innen zum Ausdruck bringt.

In der Polizei findet aktuell eine grundlegende Auseinandersetzung statt über den Umgang mit der AfD und rechten Positionen in den eigenen Reihen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft vertritt nur eine Minderheit in der Polizei. Die viel größere, mitgliederstärkere Gewerkschaft der Polizei distanziert sich in Berlin wie bundesweit von der AfD, weil deren Haltung nicht dem Menschenbild und den Werten entspricht, für die Polizei und die Gewerkschaft heute stehen.

Und – das ist wirklich bemerkenswert: Der Bundesvorsitzende der GdP, Oliver Malchow, hat sich öffentlich hinter die Forderung der Grünen gestellt, offensiv Aufklärung über rechtsextreme Umtriebe und Taten in den Polizeien von Bund und Ländern zu betreiben. Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des BDK hat sich dem am letzten Montag mit sehr konkreten Forderungen angeschlossen. Und heute Morgen habe ich im Radio gehört, dass die Polizeipräsidentin Berlins Maßnahmen ergreifen will, um stärker gegen rechtsmotivierte Taten und rechtspopulistische Einstellungen in der Polizei vorzugehen.

So will sie mit der Erfassung der Taten in einer Datenbank beginnen und ein psychologisch unterstütztes Pilotprojekt zur Supervision aufgleisen.

Ich bin der Überzeugung, dass an der sorgfältigen Ermittlung und Dokumentation auch kein Weg vorbeigeht. Wir müssen einen Überblick haben und auskunftsfähig sein.

Die Sicherheitsbehörden, und da nehme ich die Strafverfolgungsbehörden in gleicher Weise in die Verantwortung, müssen sich aber auch der Zivilgesellschaft weiter öffnen, sich stärker mit NGOs vernetzen, um sensibler zu werden für die Betroffenen und ihre Perspektiven. In Berlin habe ich die Stelle einer Antisemitismusbeauftragten bei meiner Behörde eingerichtet. Unsere LSBTIO-Ansprechpersonen sind schon sehr lange und erfolgreich im Amt. Und ich bin zuversichtlich, dass wir mit der neuen Funktion auch für andere Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisieren können, ohne jetzt für jede Untergruppe eine gesonderte Beauftragungsfunktion einzurichten. Allerdings müssen wir die Entwicklung weiter betrachten.

Wir brauchen aber auch mehr Transparenz und müssen klarer, offener nach außen kommunizieren, welche Strategien wir gegen Rechts fahren, warum wir wie in konkreten Einzelfällen entscheiden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf Ebene der Generalstaatsanwält*innen im Bund und den Ländern sehr gut vernetzt sind und die Verfahren mit großer Ernsthaftigkeit betreiben – keiner von uns unterschätzt die Gefahr.

Nach meiner Einschätzung brauchen wir für die Sicherheitsbehörden Beauftragungsfunktionen beim BT und bei den Länderparlamenten, an die sich Betroffene wenden können, aber auch Beamt*innen selbst. Ich weiß, dass es dazu viele Skeptiker in der Polizei gibt – wir haben darüber auch zu meiner Polizeizeit u. a. anhand eines von mir begleiteten Forschungsprojekts diskutiert.

Leider konnte sich der damalige Präsident nicht zu einer Unterstützung dieser Forderung auf Berliner Ebene durchringen. Vielleicht ist jetzt die Einsicht größer geworden, ansonsten muss es eben die Politik alleine richten.

Letztlich müssen wir uns weiter dafür stark machen, alles daran setzen, dass die Sicherheitsbehörden diverser werden. In der Polizei Berlin ist der Prozess sehr weit vorangeschritten, zumindest in Bezug auf die Herkunft der Beamt*innen. Für die politische Haltung gilt das aber nicht in gleicher Weise. Ich befürworte wissenschaftliche Untersuchungen zur Frage, was wir dafür tun können, mehr Vielfalt auch in dieser Hinsicht zu erreichen, um echte Auseinandersetzungen zu ermöglichen und die bestehenden homogenen Welten und digitalen Echoblasen aufzubrechen.

Aber, und mit diesem Appell möchte ich schließen: Lassen Sie uns auf diesem Weg nicht allein. Sie haben mit Ihrer Vereinsarbeit, mit Ihrer ehrenamtlichen Arbeit, schon so unendlich viel erreicht. Wir brauchen Sie und Ihre kritisch-konstruktive Begleitung nach wie vor, um unsere Organisationen weiterzuentwickeln.

Ich danke Ihnen sehr für Ihr tagtägliches Engagement und freue mich, jetzt mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.



MANEO WÜRDIGT EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Seit 2002 würdigt MANEO das ehrenamtliche Engagement vieler Helfer*innen und der Ehrenamtlichen, ohne deren Einsatz die große Bandbreite und Projektdichte von MANEO nicht denkbar ist. Am Donnerstag, dem 18. Juli 2019, war es wieder so weit.

Traditionell findet die MANEO-Feierstunde in der Woche vor dem Lesbisch-Schwulen-Stadtfest statt. Das unterstreicht, dass dieses Straßenfest von MANEO – damals Schwules Überfalltelefon Berlin – und der Initiative von *Bastian Finke*, dem Leiter von MANEO, zu verdanken ist.

Die Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung (LADS) bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung fördert nur einen Teil der Arbeit von MANEO. Viele Maßnahmen und Initiativen Projekte von MANEO stehen und fallen mit ehrenamtlicher Hilfe.

Um ehrenamtliches Engagement zu würdigen, braucht es einen feierlichen Rahmen. Den bot der John-F.-Kennedy-Saal des Schöneberger Rathaus. Dabei waren die Generalsuperintendentin für den Sprengel Berlin *Ulrike Trautwein*, der stellvertretende Bezirksbürgermeister *Jörn Oltmann* (Bündnis 90/Die Grünen), der Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin *Sebastian Walter* und nicht zuletzt die Generalstaatsanwältin von Berlin *Margarete Koppers*. Letztere hielt auf Bitte von MANEO einen hoch geschätzten Vortrag über die in jüngster Zeit vermehrt erschienenen Berichte in deutschen Medien über rechtsextreme Tendenzen in den Strafverfolgungsbehörden – auch in Berlin. Diese beschädigen nicht nur das Ansehen der Strafverfolgungsbehörden, sondern können auch den Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft erheblich belasten. Ein Umgang muss jedoch gefunden werden.

Zuvor blickte der Leiter von MANEO in seiner Ansprache zurück auf das zurückliegende Jahr. Er hob das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer*innen und Ehrenamtlichen hervor und bedankte sich namentlich bei allen anwesenden. Er verwies sowohl auf den täglichen Routineeinsatz, der von ihnen geleistet wird, als auch auf das Engagement für jährliche Kampagnen wie „Kiss Kiss Berlin“ und Aktionen zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Trans*Phobie (siehe Bericht im Newsletter #29). Ohne die Hilfe von all den Ehrenamtlichen wären viele der Erfolge nicht möglich gewesen.



Opferhilfe

MOBBING AM ARBEITSPLATZ

I

immer mehr LSBT* können am Arbeitsplatz offen mit ihrer sexuellen Identität oder Orientierung umgehen. Im Vergleich von 2007 zu 2017 sind doppelt so viele LSBT* Mitarbeitende im Beruf vor allen Kolleg*innen und Vorgesetzte geoutet. Dies mag sich zwar als Erfolg verlesen, in Zahlen ausgedrückt heißt es aber, dass von 12,7% in 2007 nun 28,9% in 2017 am Arbeitsplatz offen mit ihrer sexuellen Identität umgehen. Daneben gibt es auch immer noch 30,5% der Befragten, die mit keinen oder nur wenigen Kolleg*innen offen über ihre sexuelle Identität sprechen können oder wollen.¹

1) LSB: Lesbisch, Schwule und Bisexuelle. Hier wurde bewusst auf den Verweis auf Trans verzichtet, weil sich ihre Lebenswirklichkeit durch die Ehe für alle, die Aufarbeitung des §175 bzw. die dritte Option nur bedingt verbessert hat.

Deutschland hat mit der Öffnung zur ‚Ehe für alle‘ einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht, wenn es um die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und

Bisexuellen (LSB)* geht. Auch die Aufarbeitung des §175 StGB und die Einführung der ‚Dritten Option‘ zeigen, dass sich die rechtliche Situation für LSB langsam verbessert. Demgegenüber erfahren LSBT* weiterhin noch immer strukturelle Diskriminierung, beispielsweise in der Schule, auf dem Wohnungsmarkt oder am Arbeitsplatz.

Quantitative Untersuchungen

Es gibt bisher nur sehr wenige quantitative Untersuchungen zu Diskriminierungen von LSBT* am Arbeitsplatz. Auf zwei bemerkenswerte Studien sei hier hingewiesen.

Die Studien von ‚Out im Office‘ von 2007 und 2017 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Zusammenarbeit mit der Hochschule Fresenius und der IDA – Institut für Diversity- & Antidiskriminierungsforschung und die ‚Out@Work‘ von 2019 der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) zeigen auf, dass drei Viertel (76,3%) der LSB-Beschäftigten Diskriminierungen in mindestens einer Form erlebt haben. Dazu zählen: voyeuristisch-gesteigerte Auseinandersetzungen (64,1%), ignorierende Segregation (43,3%), sexuelle Belästigung (39%), subtile Behinderung (ca. 27%), Beschimpfung und Beleidigung (ca. 24%), Erpressung/Mobbing (ca. 24%), körperliche Gewalt/ Aggression (10%), Entzug von Kund*innen-Kontakt (ca. 5%).² Mehr als jede*r Zehnte (11,5%) hat direkt arbeitsplatzrelevante Diskriminierung erlebt: 2,5% berichten über eine Versetzung, 3,4% von einer Kündigung und 7,9% davon, dass sie aufgrund ihrer sexuellen Identität einen Arbeitsplatz nicht bekommen haben. 65% der berichteten Diskriminierungen betreffen AGG-nahe Diskriminierungen, 20,6% sogar strafrechtlich relevant Tatbestände. Bei Trans*Personen liegt diese Zahl mit 25,5% deutlich höher.³

Was versteht man unter Mobbing?

Ver.di erklärt, dass „Mobbing am Arbeitsplatz bedeutet, dass

ein Mensch von Vorgesetzten oder Kollegen systematisch schikaniert, benachteiligt, beleidigt oder ausgegrenzt wird – und zwar über einen längeren Zeitraum. Das Mobbing kann von einzelnen Kollegen oder ganzen Gruppen ausgehen. Mobbing kann sich auf der Arbeitsebene, auf der sozialen Ebene oder auf beiden Ebenen abspielen.

In den Studien ‚Out im Office‘ und ‚Out@Work‘ wurde zwischen *ignorierender Segregation, subtiler Behinderung, Beschimpfung/ Beleidigung und Mobbing* unterschieden. Wenn aber die vorliegende Definition von Ver.di zu Grunde gelegt wird, zeigt sich, dass alle oben beschriebenen Vorgänge als

Mobbing – also Behinderung, Beschimpfung/Beleidigung usw. – verstanden werden können, wenn diese ‚System‘ haben. Die von der Studie erhobenen Zahlen würden unter dieser Prämisse ein viel dramatischeres Bild zeichnen.

„Wer am Arbeitsplatz Mobbing betreibt, zweifelt die Fähigkeiten der gemobbten Person an, übt unsachliche Kritik an ihrer Arbeit, ordnet sinnlose oder kränkende Tätigkeiten an, verschweigt wichtige Informationen oder manipuliert sogar Arbeitsergebnisse.

Wer auf der sozialen Ebene mobbt, behandelt die gemobbte Person wie Luft, und beleidigt, belästigt oder verleumdet sie. Oder er kränkt sie durch Anspielungen, vermeidet es auffällig, mit ihr in einem Raum zu sein, oder versteckt und beschädigt persönliche Sachen.“⁴

Outing am Arbeitsplatz

Die Studie der BCG zeigt, dass 85% der befragten deutschen Arbeitnehmenden, die sich nicht als heterosexuell identifizieren, sich gerne outen würden. Sie scheuen jedoch davor zurück. 22% der Interviewten glauben sogar, dass es ein Risiko für ihre Karriere sei, sich öffentlich als LSBT* zu definieren. Demgegenüber sind ein Drittel davon überzeugt, dass ein Coming Out ihr (Arbeits-)Leben einfacher machen würde.⁵

Was es bedeutet, ungeoutet zu sein und sich damit zusätzlich ein Drittel seines Tages zu verstecken, zeigen schon kleine Momente: Wenn bspw. Kollegen nach dem vergangenen Wochenende fragen: Kann man dann ehrlich darauf antworten,

dass man mit seinem Freund zusammen an den See gefahren ist? Kann ich zu der Betriebsfeier meinen Lebenspartner mitbringen? Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) erklärt dazu: „Wenn Sie sagen, Sie kommen mit Ihrem heterosexuellen Partner zur Betriebsfeier, wird das eher als etwas Positives wahrgenommen.“ Doch „wenn Sie mit Ihrer lesbischen Partnerin kommen wollen, wird Ihnen signalisiert, Sie sollten nicht so viel Aufhebens um Ihr Sexualleben machen“ so Küpper weiter. (6) Solche Reaktionen sind der Grund, warum sogar 42% der deutschen Befragten der BSC Studie zufolge angaben, dass sie im Gespräch mit ihren Vorgesetzten über ihre sexuelle Orientierung gelogen haben.⁷

Ist es also besser, Dauersingle zu sein bzw. den*die Partner*in zu verleugnen? Das kann ein Verhalten sein, dass einem Kräfte und Nerven raubt. Es hat Folgen, permanent wachsam zu sein, um jeglichen ‚Fehler‘, der etwas über die sexuelle Orientierung oder Identität verraten könnte, zu vermeiden. Dieses Versteckspiel hat zwangsweise Auswirkungen auf das Privatleben: Was ist, wenn der Kollege plötzlich um die Ecke kommt? Der Völkinger Kreis (VK) schätzte, dass fünf bis zehn Prozent der Arbeitsleistung für Lügen draufgehen, wenn LSBT* Angestellte ein heterosexuelles Privatleben erfinden. „Sie sind ständig auf der Hut, überlegen sich genau: Wem habe ich was erzählt? Habe ich beim letzten Mal von einer Freundin oder einer Ehefrau gesprochen? Das ist purer Stress“, so René Behr, ehemaliger VK-Vize.⁸

LSBT* Freundliche Arbeitsstelle

„Je selbstverständlicher die Beschäftigten mit ihrer sexuellen Identität umgehen können, desto höher sind die Arbeitszufriedenheit und die Verbundenheit mit dem Unternehmen“, sagt der wissenschaftliche IDA-Leiter Dominic Frohn.⁹ Weil dies aber für viele LSBT* dennoch mit Ängsten und (berechtigten) Sorgen verbunden ist, verwundert es nicht, dass LSBT* bei ihrer Jobsuche nach einem LSBT* freundlichen Arbeitsumfeld suchen. Hier ist es hilfreich, wenn sich Unternehmen in internen Richtlinien deutlich und unmissverständlich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung positionieren und bei Verstößen auch mit Sanktionen drohen. Dieses Kriterium ist oft wichtiger als das Gehalt oder der Standort. Das erklärt dann auch den Erfolg von Karrieremessen, wie die Stick & Stones.

- 1) https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- 2) ebd.
- 3) ebd.
- 4) <http://macht-immer-sinn.de/mobbing-am-arbeitsplatz/> (04.06.19, 13h00)
- 5) Süddeutsche Zeitung „Wenn der Chef fragt, muss die Notlüge helfen“: 28.Jan. 2019, 18h02
- 6) Süddeutsche Zeitung, „Angegafft, ignoriert, sexuell belästigt“: 19.07.2018, 13h25
- 7) ebd.
- 8) Spiegel, „Suche Arbeitgeber, die offen sind für alle“: 28.10.2013, 13h35
- 9) https://www.bcg.com/de-de/d/press/BCG_2019_Jan28_PM_LGBT-212748



Titelbild der Broschüre: „Wenn aus Kollegen Feinde werden. Der Ratgeber zum Umgang mit Mobbing.“ Herausgeber: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Oktober 2011. www.buaa.de/DE/Angebote/Publikationen/Praxis/A12.pdf?__blob=publicationFile

Fallbeispiel:

Ein 33-jähriger schwuler Mann berichtet von einem Fall massiver Diskriminierung am Arbeitsplatz. Der Betroffene berichtet, dass er Opfer mehrerer rassistischer und homophober Vorfälle geworden sei. Er arbeitete bei einer Zeitarbeitsfirma, die wiederholt Absprachen, die den Dienstplan betrafen, nicht eingehalten haben. So sei ihm zum Beispiel ein zuvor zugesagter Urlaub verwehrt worden. Weiterhin war der Betroffene fortwährend das Ziel erniedrigender Ansprachen geworden. Außerdem habe er mitbekommen, wie sich seine Kollegen abfällig über ihn via WhatsApp äußerten. Einmal sei es sogar zu einer Tätlichkeit ihm gegenüber gekommen. Der Melder wandte sich schließlich an den Betriebsrat, was zu einer Verschlimmerung der Situation führte. Der Arbeitnehmer erhielt eine Abmahnung. Einige Monate später erhielt er eine fristlose Kündigung durch seinen Arbeitgeber, nachdem der Geschädigte zuvor krankgeschrieben war.

Unterstützung von MANEO

Falls Du in einem Unternehmen arbeiten solltest, in dem Du trotz oder ohne solch einer Erklärung aufgrund Deiner sexuellen Identität diskriminiert wirst, kannst Du Dich an MANEO wenden. MANEO bietet Beratung und Unterstützung an. Wir nehmen Bedenken, Ängste und Sorgen von Betroffenen ernst. Wir nehmen uns Zeit. Wir arbeiten vertraulich. Wir stellen auf Wunsch Kontakt zu weiteren unterstützenden Stellen her (z.B. Arzt, Psychologe, Rechtsanwalt, usw.) und beraten über weitere Handlungsmöglichkeiten.



Opferhilfe

IM NOTFALL VERSICHERT – ERSTHELFERKARTE DER UNFALLKASSE BERLIN BIETET HILFE

„Berlinerinnen und Berliner, die einer Person in Not erste Hilfe leisten und dabei selbst zu Schaden kommen, sind über die Unfallkasse Berlin versichert. Von körperlichen Verletzungen über die kaputte Hose bis hin zu psychischen Folgen – wer andere Menschen in einer Gefahrensituation vor Schäden bewahren will und dabei selber zu Schaden kommt, ist abgesichert. Doch leider wissen viel zu wenige Menschen von diesem Recht. Um Betroffene schnell und unkompliziert zu informieren, gibt es in Berlin ab sofort eine Ersthelferkarte.“

Zur Einführung sagt Berlins Innensenator Andreas Geisel: „Menschen in Not zu helfen ist Ehrensache. Daher unterstützen wir die Aktion der Unfallkasse Berlin sehr. Diese Karte, im Format eines Personalausweises, wird ab sofort an Ersthelferinnen und -helfer durch Einsatzkräfte der Feuerwehr und Polizei direkt an den Einsatzstellen überreicht. Couragierte Hilfeleistende müssen wissen, dass sie geschützt sind. Daher freut es mich, dass Feuerwehr und Polizei dazu beitragen, dass diese Menschen von ihren Rechten erfahren und unmittelbar einen kompetenten Ansprechpartner an die Hand bekommen.“

„Meistens erfahren wir über die Krankenkassen, dass Menschen bei einer Hilfeleistung zu Schaden gekommen sind, weil diese die Kosten an uns durchreichen“, erklärt der Geschäftsführer der Unfallkasse Berlin, Wolfgang Atzler. „Besser ist es aber, wenn die Ersthelferinnen und Ersthelfer sich direkt bei uns melden. Je früher wir von einer Verletzung erfahren, desto schneller profitieren die Geschädigten von den umfassenden Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Das gilt besonders nach schwereren Verletzungen, da wir alle Sozialleistungen – von Rehabilitation über berufliche Wiedereingliederung bis zu Geldleistungen aus einer Hand anbieten.“

A

Am 23.07.2019 haben die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport und die Unfallkasse Berlin gemeinsam eine Pressemitteilung veröffentlicht. Sie informieren darüber, dass auch Ersthelfer am Unfallort versichert sind.

Einen großen Anteil an der Idee zur Ersthelferkarte hatte der Beauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) für Notfallseelsorge im Land Berlin, Pfarrer Justus Münster. „Wer spontan erste Hilfe leistet, macht dies mutig und selbstlos für andere. Wer hilft, ist aber auch selbst mitten im Geschehen und muss möglicherweise belastende Bilder verarbeiten. Genau dann ist es wichtig zu wissen, nicht alleine gelassen zu werden. Die Ersthelferkarte kann erste Hilfe für die Seele leisten, wie wir es uns als Notfallseelsorge in Berlin wünschen.“

Weitere Informationen für Ersthelfer/innen gibt es unter www.unfallkasse-berlin.de/Ersthelfer

MANEOS NEUE BROSCHÜRE IN ACHT SPRACHEN



In Deutschland ist es immer noch möglich, im Alltag, auf der Arbeit oder in der Freizeit Opfer eines homophoben Übergriffes zu werden. Egal, ob es sich dabei um eine Beleidigung oder eine schwere Körperverletzung handelt, die gemachten Erfahrungen können belasten und zahlreiche Fragen aufwerfen, verbunden mit der Suche nach Informationen. Bei MANEO findest Du Informationen und Unterstützung, auf Deutsch, Englisch, Arabisch, Farsi – und in der neuen Broschüre zusätzlich auf Französisch, Rumänisch, Serbo-Kroatisch und Russisch.

Jeder Betroffene von homophober Hassgewalt kann sich an MANEO wenden, um Hilfe und Beratungen zu erhalten. Das Angebot umfasst verschiedenste Informationen. Sollte ein Arzt aufgesucht werden, um die Verletzungen dokumentieren zu lassen? Sollten Beweismittel gesichert werden und wenn ja, worauf sollte dabei geachtet werden? Müssen Versicherungen informiert werden und welche Anträge gibt es dazu? Oder wie kann Strafanzeige erstattet werden? Diese und weitere Fragen können in aller Ruhe besprochen werden. Außerdem werden immer individuelle Wege gesucht, mit dem Erlebten umzugehen.

Die neue Broschüre - in acht Sprachen

Um einen ersten Überblick zu erhalten, die nach einem homophoben Übergriff zu bedenken sind, hat MANEO eine neue Broschüre herausgegeben, die alle wichtigen Informationen zusammenfasst. Die Texte wurde jetzt in vier weitere Sprachen übersetzt, womit die Broschüre jetzt acht Sprachen umfasst.

Liest man die Broschüre von links nach rechts, so erhält man alle Informationen auf Deutsch, Englisch, Russisch, Rumänisch, Französisch und Serbo-Kroatisch. Liest man sie von hinten, so findet man dieselben Informationen von rechts nach links geschrieben auf Arabisch und auf Farsi. So werden mit der Broschüre alle gleichermaßen angesprochen.

Weitere Informationen

Oft reichen diese ersten Informationen nicht aus. Wichtig ist immer auch das persönliche Gesprächsangebot, um zu reden und sich anzuvertrauen. Deshalb wird in jeder Sprache darauf hingewiesen, wie wir telefonisch und persönlich erreichbar sind. Dazu zählt, dass wir Geflüchtete darüber informieren, dass wir einmal in der Woche im Rahmen einer offenen Sprechstunde und zur MANEO-Teestube erreichbar sind. Die Teestube bietet einen Safe Space, wo Geflüchtete bei entspannter Atmosphäre miteinander ins Gespräch kommen können.

Dokumentation

HOMOPHOBE STRAFTATEN - EIN FALL FÜR DIE STAATSANWALTSCHAFT

Homophob motivierte Übergriffe und Straftaten gehören leider zum Berliner Alltag. Wenn Betroffene sich an die Strafverfolgungsbehörden wenden und Anzeige erstatten, wird ein Strafverfahren eingeleitet, in dessen Rahmen sich Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafgerichte mit den Vorfällen befassen. Bei der Staatsanwaltschaft Berlin gibt es seit 2012 zwei Ansprechpersonen für LSBT*, die Fälle homophob motivierter Hassgewalt zentral bearbeiten. Hier berichten sie beispielhaft über einige Fälle, die in den vergangenen Monaten vor Berliner Strafgerichten verhandelt worden sind.

Im Juli 2018 beschimpfte ein Berliner drei aufgrund ihrer Kleidung und mitgeführter Regenbogenfahnen als Teilnehmer des CSD erkennbare Männer als „Kinderficker“ und „Schwanzlutscher“ und drohte ihnen an: „Ich ficke euch solange, bis ihr aus den Augen blutet!“. Die Staatsanwaltschaft Berlin erhob deshalb Anklage zum Amtsgericht Tiergarten, das den Angeklagten wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 160 Tagessätzen zu je 15 Euro, insgesamt 2.400 Euro.

Im Februar 2019 beschimpfte ein junger Berliner seine Nachbarn – ein schwules Paar – unter anderem mit den Worten „schwule Sau“ und „Ihr gehört hier nicht her!“. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin erließ das Amtsgericht Tiergarten deshalb im Juli einen Strafbefehl wegen zweifacher Beleidigung gegen den Angeklagten und verhängte gegen ihn eine Gesamtgeldstrafe in Höhe von 60 Tagessätzen zu je 30 Euro, mithin von insgesamt 1.800 Euro.

MANEO SOIRÉE

SPURENSUCHE IM REGENBOGENKIEZ - HISTORISCHE ORTE UND SCHILLERENDE PERSÖNLICHKEITEN

Eine Veranstaltung mit Katja Koblitz, Karl-Heinz Steinle
und Dr. Claudia Schoppmann

MONTAG
10. OKTOBER, 2019

IM
**RATHAUS
SCHÖNEBERG**
JOHN-F.-KENNEDY-SAAL
.....

19:00 UHR

Bewusstsein darüber, dass schon vor 100 Jahren Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*personen und Intersexuelle in Schöneberg Nord und benachbarten Regionen in ein buntes und schillerndes Szeneleben eintauchen konnten, ist bei vielen Menschen in Berlin kaum vorhanden. Umso überraschter schauen sie auf, wenn sie davon erfahren. Wissen über die Allgegenwärtigkeit von LSBT* in Kulturen und Gesellschaften hilft, gesellschaftliche Toleranz und Akzeptanz zu fördern und lenkt den Blick darauf, dass Menschen verschieden sind, dass sexuelle Vielfalt zur menschlichen Natur gehört. Mit dem im Mai 2018 veröffentlichten „Kiezgeschichten“ wird die Spurensuche auf historischem Terrain fortgesetzt. In der Veranstaltung präsentieren die Historikerinnen Dr. Claudia Schoppmann und Katja Koblitz und der Historiker Karl-Heinz Steinle Rechercheergebnisse zum veröffentlichten Buch.

Was ich erlebt habe

HOMOPHOBIE TUT HÖLLISCH WEH.

von Franziska, 31 Jahre

Mit unserer Aktion ‚Was ich erlebt habe‘ möchten wir LSBT* einladen, uns eine reale, kurze Geschichte über ein Ereignis aus ihrem Leben aufzuschreiben, also was sich zugetragen hat und wie es erlebt wurde. Eingeladen sind auch deren Eltern und Geschwister, über ein persönliches Erlebnis oder eine Beobachtung zu erzählen, die sie mit ihren LSBT*-Kindern bzw. -Geschwistern gemacht haben. Hier veröffentlichen wir eine weitere Geschichte.

Es gibt nicht viele Orte auf der Welt, wo es stinknormal ist, mit seiner Partnerin und der gemeinsamen Tochter im Spätsommer Hand in Hand nach Hause zu laufen. Berlin ist einer von ihnen. Weil wir hier frei sind von Blicken und Kommentaren, zogen wir aus Paris extra her, vor acht Jahren war das, ohne Kind und ohne Plan. Auf der Suche nach einem friedlichen Leben, in einer Stadt, wo unsere Homosexualität nicht nur akzeptiert wird, sondern wo sie schlicht keine Rolle spielt. Wir sind Franziska* und Anna. Punkt, aus, finito. Seit fünf Jahren haben wir eine Tochter, Emma. Sie wurde in diese Selbstverständlichkeit hineingeboren und suhlt sich in der Gewissheit, dass das Leben schön ist.

Ein Abend im September vergangenen Jahres. Es ist noch sehr warm, als der Bus gegen 20 Uhr auf der Beusselbrücke ankommt. Wir sammeln unsere Sachen zusammen und steigen aus. Dabei werde ich von hinten von einem Typen angerempelt, der es anscheinend eilig hat, er drängelt sich unachtsam durch. Draußen bleibt er mitten im Weg vor uns stehen und fummelt an seinen Kopfhörern herum. Als ich an ihm vorbeigehe, schaue ich ihn an und sage, er möge sich bitte etwas beruhigen. Er steht immer noch da und antwortet mir nicht. Egal. Wir gehen weiter, entzückt von dem schönen Sonnenuntergang.

Ich merke, dass der Typ uns auf den Fersen ist. Er murmelt etwas, dann wird er lauter „I wanna fuck you both, I wanna fuck you two“ mehrmals hintereinander. Emma merkt davon nix, sie ist als Großstadtkind daran gewöhnt: Wildfremde Leute sind manchmal merkwürdig, aber einer echten Berlinerin ist das ja schietejal.

Im Gegensatz zu ihr verstehen Anna und ich sofort, was los ist. Als lesbisches Paar sind wir für viele Männer ein Lustobjekt im Doppelpack. Wir werden angebaggert, als hätten wir ein Schild über dem Kopf, auf dem steht: „Wir sind eigentlich gar nicht lesbisch, wir wollen euch doch nur heiß machen!“

Ich drehe mich plötzlich zu ihm um, stehe direkt vor ihm. Ich sage nichts, sondern schaue ihm böse in die Augen. Daraufhin fragt er: „You wanna fuck?“ und schlägt mir mit der Faust voll ins Gesicht. Es dauert einen Bruchteil einer Sekunde, mir tut die Nase höllisch weh. Anna stellt sich vor mich, und ehe sie irgendwas unternehmen kann, schlägt er ihr ebenfalls ins Gesicht, gleich zweimal. Die Wucht lässt sie einen großen Schritt nach hinten taumeln, was Emma nach hinten schubst. Sie landet auf dem Fahrradweg und heult. Vor Schmerz oder vor Schreck, wahrscheinlich beides.

Ich bin wieder bei mir und schreie den Typen laut an, ich würde nun die Polizei rufen. Ich halte mein Handy hoch, als wäre es ein Zauberstab. Er geht rückwärts, dreht sich um und wird immer schneller, läuft zurück in Richtung Bushaltestelle. Ich laufe hinterher, immer noch mit dem Handy winkend, aber als er schließlich anfängt zu rennen, versuche ich nur noch, ein Foto von ihm zu machen.

Ich renne zurück zu meinen Damen, beide weinen und ich jetzt auch. Der Typ ist zwar weg, aber er hat es geschafft, in nicht mal fünf Minuten all das ins Wanken zu bringen, was wir bisher als solide empfunden haben. Wir wurden vor den Augen unserer Tochter von einem Mann angegriffen.

Wir teilen uns auf, Anna bleibt auf der Brücke und ruft die Polizei, ich gehe mit dem Kind nach Hause. Auf dem Weg beruhigt sie sich ziemlich schnell und legt los: Tausend Fragen, die ich nun beantworten muss, obwohl ich sie eigentlich selbst gerne jemandem stellen würde. Wer war das? Warum hat er das getan? Hat er nicht gesehen, dass ein Kind dabei ist? Warum haut er euch, obwohl er uns gar nicht kennt?

Lesben haben zwei verwundbare Eigenschaften: Sie sind Frauen und sie sind homosexuell. Sie werden also aus zwei Gründen von Menschen missachtet. Diese doppelte Verwundbarkeit ist da, egal wo in Europa, auf der Welt, sie zieht mit und gehört quasi zur Familie.

Die Polizei ist binnen Minuten vor Ort, die Jungs sind hochmotiviert, den Typen zu schnappen. Sie bitten Anna in den Streifenwagen und durchkämmen die Straßen von Moabit. Leider vergeblich.

Hinterher fragen wir uns: Warum haben die anderen Leute an der Bushaltestelle nicht geholfen? Es fahren drei Busse und die Ringbahn an dieser Station, da waren mindestens 15 Leute. Keiner hat sich erkundigt, ob es uns gut geht, keiner hat Fotos gemacht, keiner hat die Polizei gerufen. Nichts.

Die BVG will die Videoaufnahmen von unserem Bus zur Verfügung stellen, zieht dann aber aus Versehen die falschen Bilder raus. Die relevanten Aufnahmen werden gemäß Datenschutz gelöscht. Das Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wird schließlich eingestellt.

Die Straftat lautet Körperverletzung. Dass wir lesbisch sind, wird nirgends erwähnt, obwohl wir es gesagt haben, obwohl klar ist, dass wir die Eltern des Kindes sind. Trotzdem wird nicht aufgenommen, dass es eine homophobe Straftat war.

Wir wollten doch eigentlich, dass wir nicht als Lesben gesehen werden, sondern einfach nur als das, was wir sind, als Franziska, Anna und Emma. Aber um „wir“ sein zu können, brauchen wir immer noch besonderen Schutz, egal wo. Homophobie ist noch da, sie ist real und sie tut höllisch weh. Auch im hippen Berlin, oui Madame.

Der Beitrag der Betroffenen erschien zuerst am 19.07.19 in der taz - die tageszeitung.

08.07.2019 - Summer Scheme im Regenbogenkiez. Geschwindigkeitsmessungen an der Torwand von Gangway e.V. Spiel und Spaßangebote auf dem Bürgerplatz an der Fuggerstraße Ecke Eisenacherstr. Foto: © Ali, Gangway

Gewaltprävention

SUMMER SCHEME

Der Regenbogenkiez ist bunt und vielfältig. Im Kiez und der Nachbarschaft leben viele verschiedene Menschen, Singles und Familien zusammen. Die Menschen unterscheiden sich in vielen Facetten: Alter, ethnische und kulturelle Herkunft, Einkommen, sexuelle Identität, Ausbildung usw. Der Regenbogenkiez zieht vor allem LSBT* an. Viele wohnen und arbeiten hier. Andere besuchen den Kiez, um auszugehen. Mit unserem erstmals veranstalteten *Summer Scheme* wollen Vielfalt, Begegnung und Solidarität im Regenbogenkiez unterstützen.

Lange Zeit fehlten im Regenbogenkiez Straßensozialarbeit und offene Angebote für junge Menschen. Nur wenige haben sich in der Verantwortung gesehen, etwas zu tun. Im Rahmen unserer kiezorientierten Gewalt- und Kriminalpräventionsarbeit hat MANEO Initiative ergriffen und thematische ‚Impulsgruppen‘ und schließlich den ‚Präventionsrat Regenbogenkiez‘ gegründet. In den Arbeitsgruppen wird vernetzt. Es werden Anliegen, Ideen und Maßnahmen besprochen. Dazu zählt die von MANEO entwickelte Idee eines *Summer Schemes*.

Zum ersten Mal im Regenbogenkiez

Zum ersten Mal veranstalteten wir in den Sommerferien vom 08. bis 12. Juli auf dem Spielplatz Eisenacher Ecke Fuggerstraße das *Summer Scheme*. Das bedeutete, dass wir eine Woche lang ein Freizeitprogramm für junge Menschen anboten. Wir adressierten vor allem junge Menschen, die im Regenbogenkiez, insbesondere im Umfeld des Spielplatzes wohnen oder sich hier regelmäßig aufhalten, eben auch junge Menschen, die sich der Gruppe der Roma zugehörig fühlen. Den Teilnehmenden boten wir Spiel- und Spaßangebote zum Mitmachen. Unterstützt wurden wir von zahlreichen Organisationen und Einrichtungen, die Kinder- und Jugendarbeit anbieten, die die Spaß- und Spielangebote durchführten. Dazu zählten Gangway e.V. – Verein für Straßensozialarbeit; [Ankommen] – KiezSport mobil von Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH (GSJ); OUTREACH – Mobile Jugendarbeit Berlin; Subway – HILFE FÜR JUNGS e.V.

Trotz schlechten Wetters war schon der erste Tag ein voller Erfolg: Das Team von Gangway e.V. präsentierte eine Torschusswand mit Geschwindigkeitsmesser, sodass die Geschwindigkeit der Ballschüsse der Jugendlichen und Heranwachsenden gemessen werden konnte. Die Jugendlichen konnten nicht nur ihren eigenen Schussgeschwindigkeiten sehen, sondern auch versuchen, den Tagesrekord von 94 km/h zu knacken. Eine mobile Musikbox, die an die Handys der jungen Männer angeschlossen werden konnte, sorgte zusätzlich für gute Stimmung. Ein Teenager aus der Nachbarschaft, der gerne Fußball spielt und keine Pläne für seine Sommerferien hatte, konnte sogar in ein zweiwöchiges Fußball-Camp von Gangway e.V. nach Schöneberg Süd vermittelt werden.

[Ankommen] – KiezSport mobil übernahm den Dienstag am Bürgerplatz. Hier wurde Basketball gespielt. Das Interesse der Jugendlichen und Heranwachsenden, die sich auf dem Platz aufhielten, ließ nicht lange auf sich warten. Schnell wurden die ersten Körbe geworfen. Als sie das Feld verließen, ergriffen Teenager aus der Nachbarschaft ihre Chance und spielten weiter. Es ergaben sich viele interessante Gespräche.



08.07.2019 - Summer Scheme im Regenbogenkiez, mit dem Team von Gangway. Spiel und Spaßangebote auf dem Bürgerplatz an der Fuggerstraße Ecke Eisenacherstr. Foto: © Ali, Gangway.

Unser Kooperationspartner Philipp Basler stellte für das *Summer Scheme* weitere Spiel- und Spaßmöglichkeiten zur Verfügung, die Kinder und Jugendliche die ganze Woche über täglich nutzen konnten, beispielsweise Balanceboards, Pedalos und Riesenmikado.

Am Mittwoch und Donnerstag war das Präventionsteam von OUTREACH da, die auch sonst mittwochs und donnerstags im Kiez sind und Angebote machen. Hier wurden im Rahmen des *Summer Schemes* Fußball und Tischtennis angeboten

Am Freitagabend beendete das Team von Subway das *Summer Scheme* mit einem Billardturnier, das im Tabasco stattfand. 16 Spieler gingen an den Start.

Das erste *Summer Scheme* war rückblickend ein toller Erfolg. Wir stießen auf größere Resonanz als erwartet. Viele Jugendliche haben unser Angebot genutzt. Gleichzeitig konnten wir weitere erfahrene Kooperationspartner*innen in den Regenbogenkiez holen und Angebote für Jugendliche verstärken. Mit den Hilfe konnten wir uns nicht zuletzt auch ein aktuelles Bild über die Situation für jungen Menschen im Kiez machen.

Die Nutzung des Bürgerplatzes bleibt konfliktreich. Wie, zeigte sich gleich zu Beginn am Montag, als die Musik aus einer mitgebrachten Musikbox einen Anwohner auf den Plan rief, der die Polizei verständigte. Die Musik wurde leiser gedreht und es war fürs erste wieder Ruhe.

Aber auch für jüngere Jugendliche und Teenager aus der Nachbarschaft ist es nicht ganz leicht, sich gegen ältere junge Männer, die sich auf dem Platz aufhalten, durchzusetzen. Da spielen nicht nur Kultur und Sprachbarrieren, sondern auch Rücksichtslosigkeit, Geltungsdrang und Machogehabe eine Rolle.

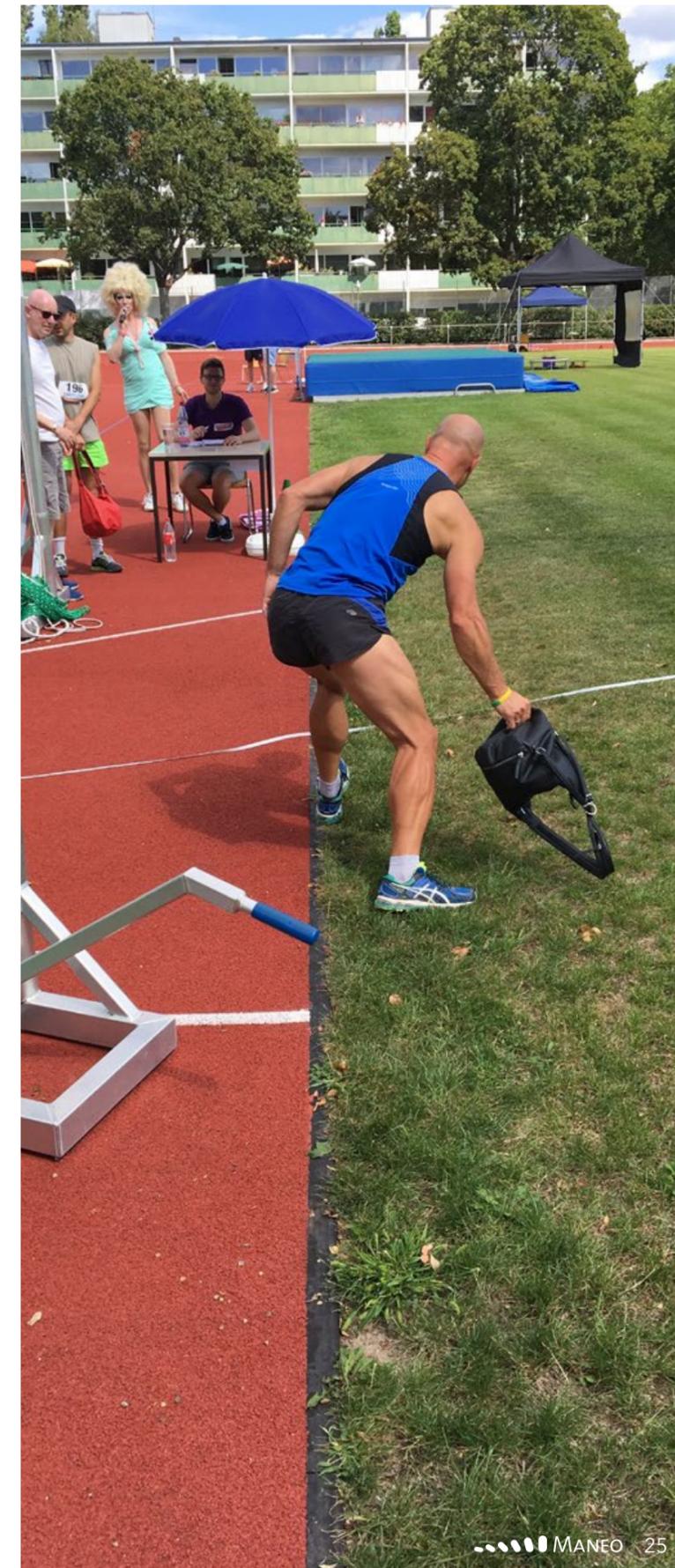
Empowerment JUBILÄUM: 5. „SETZ EIN ZEICHEN“ SPORTFEST

Am 11.08.19 fand zum fünften Mal das Sportfest „Setz ein Zeichen“ statt. Mehr als 100 Menschen nahmen daran teil. Viele haben das Deutsche Sportabzeichen abgelegt, am legendären Handtaschenweitwurf teilgenommen und neue Sportarten in Schnupperkursen ausprobiert. Dass das Sportfest so ein Erfolg ist, freut auch MANEO. Denn vor fünf Jahren wurde es im Rahmen der MANEO-Empowerment Kampagne ins Leben gerufen.



Foto: Gruppenfoto mit den Teilnehmenden am 5. Sportfest „Setz ein Zeichen“. © Pressefoto Vorspiel SSL Berlin e.V.

Foto: Handtaschenweitwurf auf dem Sportfest „Setz ein Zeichen“. Auch wenn die Handtasche nicht so weit flog, war es doch ein großer Spaß.



2015 fand das erste „Setz ein Zeichen“ Sportfest im Stadion Rehberge statt. Es ging auf eine gemeinsame Initiative von MANEO Empowerment Kampagne, die durch die Lottostiftung gefördert wurde, und dem Verein Vorspiel SSL Berlin e.V. zurück. Nach der „Starthilfe“ durch die Lottokampagne wurde es von Vorspiel SSL Berlin e.V. selbständig erfolgreich weitergeführt.

Zum Jubiläum kamen Vertreter*innen des Landessportbundes und der Lokalpolitik. Mit dabei waren unter anderem der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Stephan von Dassel und Dr. Nicola Böcker-Giannini (MdA, integrationspolitische Sprecherin der Berliner SPD).

Auch MANEO hat es sich nicht nehmen lassen und war dabei. Wir beteiligten uns mit einem Informationsstand, setzten aber auch ein Zeichen, indem einige von uns das Deutsche Sportabzeichen ablegten. Gaël, Ehrenamtler von MANEO, nahm sogar am Handtaschenweitwurf teil. Er musste am eigenen Leib erfahren, dass diese Disziplin gar nicht so einfach ist, wie es den Anschein hat.

Wir freuen uns, dass das Sportfest mittlerweile zu einer festen Größe in der Stadt geworden ist. „Die Veranstaltung hat erneut bewiesen, dass ein vorurteilsfreies und respektvolles Miteinander die beste Grundlage für ein gemeinschaftliches Sporterlebnis ist. Egal ob hetero-, homo-, bisexuell, trans- oder intergeschlechtlich, egal wie alt oder woher – ‚Setz ein Zeichen‘ bringt die Menschen zusammen.“¹

Quellen:
1) Pressemitteilung Vorspiel SSL Berlin e.V. vom 15.08.19



Mitglieder des Berliner Toleranzbündnisses (BTB) stellen sich vor

VIelfalt Voller Leben! Der Evangelische Kirchenkreis Berlin Stadtmitte

D

Der Evangelische Kirchenkreis Berlin Stadtmitte ist Mitglied im Toleranzbündnis, weil Akzeptanz von Vielfalt zum christlichen Menschenbild gehört. „Jeder Mensch ist ein geliebtes Kind Gottes. Daher soll sich jede und jeder mit der je eigenen Identität entfalten können. Wir begreifen Vielfältigkeit als ein Geschenk Gottes“, sagt Superintendent Bertold Höcker.

„Der Evangelische Kirchenkreis Berlin Stadtmitte (www.kkbs.de) ist die Evangelische Kirche in der Mitte Berlins. Mehr als 20 Kirchengemeinden und viele evangelischen Einrichtungen, zum Beispiel Kitas, Schulen, Beratungsstellen und sozial-diakonischen Hilfen für Menschen in Not gehören zu unserem Kirchenkreis. Geographisch gesehen umfasst unser Kirchenkreis die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, den Stadtteil Prenzlauer Berg und Teile Charlottenburgs – daher der Name Stadtmitte: Mitten in der Stadt Berlin.

„Vielfalt voller Leben“, das ist die Grundlage unserer Arbeit seit vielen Jahren. Wir leben und arbeiten aus dem Glauben heraus: „Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich; denn ihr alle seid einer in Christus Jesus.“ (Galaterbrief 3, 28) – jeder Mensch ist so, wie er ist, Ebenbild Gottes, bedingungslos.

Das haben wir zum Beispiel im Genderkonzept www.kkbs.de/blog/34447 unseres Kirchenkreises zum Ausdruck gebracht und haben 2019 erstmals einen Genderpreis vergeben. Seit mehr als zehn Jahren sind wir mit weiteren Berliner Kirchenkreisen auf dem Motzstraßenfest mit einem Stand vertreten und informieren über uns und unsere Arbeit. Noch vor der staatlichen Rechtsprechung haben wir die Trauung für Alle geöffnet: lesbische und schwule bekommen genauso wie heterosexuelle Paare Gottes Segen für ihre Ehe in einer unserer vielen Kirchen

zugeworfen. Beliebte Traukirchen sind etwa der Berliner Dom, die St. Marienkirche, die Zions- oder die Gethsemanekirche. Alle Paare, von denen mindestens eine Partnerin oder ein Partner evangelisch ist, sind uns herzlich willkommen.

Jedes Jahr feiern wir am Vorabend des CSD in der St. Marienkirche einen ökumenischen und multireligiösen Gottesdienst mit jüdischer und muslimischer Beteiligung. Auf der CSD Berlin-Pride sind wir als Evangelische Kirche in Berlin seit 2017 regelmäßig mit einem eigenen Truck dabei: „Liebe tut der Seele gut. Gottes Schöpfung ist voller Vielfalt, seine Liebe umfasst alle Menschen. Unsere Evangelische Kirche in Berlin ist deshalb an der Seite aller LGBTTIQ* - auch bei Dir.“

In unseren Evangelischen Schulen und den Einrichtungen unseres Evangelischen Kita-Verbandes ist Diversity ein fest etabliertes Thema. Wir wissen aber auch um die Verletzlichkeit des Menschen und die Gefahren von Missbrauch von Seele und Körper. Daher haben wir in unserem Kirchenkreis ein professionelles Verfahren bei vermuteter und akuter Kindeswohlgefährdung etabliert. Eine Kinderschutzfachkraft steht als ständige Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Auf Grundlage des christlichen Menschenbildes und aus der Überzeugung unseres christlichen Glaubens heraus sind wir gerne uns selbstverständlich Mitglied im Berliner Toleranzbündnis“.

Foto: Dr. Bertold Höcker, Superintendent im Evangelischen Kirchenkreis Berlin Stadtmitte. © Foto Martin Kirchner.

SPENDE DER SPIELBANK BERLIN



Foto: 06.05.2019 - Scheckübergabe bei MANEO. Im Bild (v.l.n.r.) Marcel Langner, Geschäftsführer der Spielbank Berlin, Bastian Finke, Leiter von MANEO, Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., Candy Spilski, MANEO.

Am 6. Mai 2019 übereichte Klaus Wowereit, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, der u.a. auch als Beiratsmitglied der Spielbank Berlin tätig ist, gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Spielbank Berlin, Marcel Langner, MANEO eine Spende in Höhe von 5.000 Euro.

Anlässlich der Scheckübergabe erklärte Klaus Wowereit: „Leider ist Gewalt gegen Schwule, Bisexuelle, Lesben und Transgender immer noch ein alltägliches Problem. Daher ist es umso wichtiger, Einrichtungen wie MANEO zu unterstützen, ihre wichtige Arbeit auch weiterhin zu fördern und damit ein Zeichen gegen homophobe Gewalt zu setzen. Die Arbeit von MANEO ist wichtig und vorbildhaft.“

Auch Marcel Langner, Geschäftsführer der Spielbank Berlin, freute sich, mit der Spende einen Beitrag zur Unterstützung des Berliner Anti-Gewalt-Projektes leisten zu können. „Homophobe Gewalt ist nicht hinnehmbar. Einrichtungen wie MANEO setzen sich mit ihrer Arbeit gegen dieses Problem ein und leisten damit nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Community, sondern für unser aller Miteinander. Ich freue mich, dass die Wahl unseres Beiratsmitglieds Klaus Wowereit auf MANEO gefallen ist und hoffe, dass die Einrichtung auch in Zukunft ihre wegweisende Arbeit fortsetzen kann.“

Bastian Finke, Leiter von MANEO, bedankte sich für die großzügige Spende: „Es ist uns ein großes Anliegen, Menschen nach einer Gewalttat oder Diskriminierung zu helfen, zu unterstützen und in ihrer sexuellen Selbstbestimmung zu stärken. Wir danken Herrn Wowereit und der Spielbank Berlin für ihre Unterstützung bei unserer wichtigen Arbeit und werden uns weiterhin für die Anliegen von Opfern homophober und trans*phober Übergriffe einsetzen.“

Fördertopf in der Spielbank Berlin

Im Zusammenhang mit der Förderung von sozialer Arbeit nimmt die Spielbank Berlin eine wichtige Stellung ein: Bereits seit vielen Jahren unterstützt die Spielbank nicht nur sportliche Events in der Bundeshauptstadt, sondern auch kulturelle Initiativen. Den Beiräten des Unternehmens wird es gewährt unterschiedlichste soziale Einrichtungen zu unterstützen, wofür eigens ein „Fördertopf“ für die nötigen Gelder bereit steht. Zuletzt förderte die Spielbank mit einer 25.000 Euro Spende mehrere Sportvereine, darunter den TSV Wittenau und TSV Spandau.

22. Parkfest Friedrichshain

BEZIRKSAPOTHEKE SAMMELT FÜR MANEO



Foto: Mitarbeitende der BEZIRKSapothek beim Einsatz für MANEO. © Alexandra Schellbach, BEZIRKSapothek.

Als einer der Hauptsponsoren des Parkfests in Friedrichshain ist die BEZIRKSapothek regelmäßig mit einem Sektstand auf dem Friedrichshainer LSBT*-Event vertreten. Der Erlös kommt immer wohltätigen Zwecken zu Gute – in diesem Jahr zu 100% an MANEO.

Auch dieses Jahr waren wieder zahlreiche Besucher*innen beim Parkfest im Friedrichshain und haben das gute Wetter, das Bühnenprogramm und kühle Getränke genossen. Dazu gehörte auch der Sekt, der am Stand der BEZIRKSapothek ausgeschenkt wurde. Drei Euro kostete ein Glas und 15 Euro

die Flasche. Der Erlös ging in diesem Jahr zu 100% an MANEO.

Die Kolleg*innen der BEZIRKSapothek waren äußerst engagiert und sammelten fleißig eine ansehnliche Summe zusammen, die nun zu je 50% in unsere Arbeit mit Geflüchteten und an den MANEO-Opferfonds fließen. Mit dem „Opferfonds“ werden von uns Menschen unterstützt, die aufgrund einer Gewalttat in große Not geraten sind. Der Opferfonds kann nur das ausgeben, was gespendet wurde.

MANEO bedankt sich für den großartigen Einsatz und die großzügigen Spenden.



MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT PROJEKT IN BERLIN
wurde 1990 gegründet und ist in vier Arbeitsfeldern tätig:
MANEO – THE GAY ANTI-VIOLENCE PROJECT IN BERLIN
was founded in 1990 and is active in four key areas:

► OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT

Schwule und männliche Bisexuelle, die von Diskriminierung und Straftaten betroffen sind, werden beraten und unterstützt; täglich von 17-19 Uhr Erstberatung. MANEO kooperiert mit weiteren Opferhilfeeinrichtungen.

Advice, counselling and support is available to gay and bisexual men who have become victims of discrimination or violent crime. Initial counselling is offered daily from 5-7pm. MANEO also works in co-operation with other victim support centres.

► MELDESTELLE / REPORTING POINT

Insbesondere vorurteilsmotivierte, homophobe Gewalttaten werden in Berlin erfasst, Ergebnisse werden in einem Jahresbericht veröffentlicht.

Recording acts of violence: In particular, we record acts of prejudice-motivated homophobic violence that take place in Berlin. Results are published in an annual report.

► GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION

Die Öffentlichkeit wird über Homophobie und Hassgewalt informiert, Szenen auf Gefahren hingewiesen, Akteure vernetzt. MANEO fördert den Dialog mit den Strafverfolgungsbehörden in Berlin.

Information about homophobia and hate violence is made publicly available, LGBT* scenes are informed of current risks and dangers and stakeholders are brought together in networks. We also encourage dialogue with criminal prosecution bodies in Berlin.

► EMPOWERMENT

Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung werden gestärkt, bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Mitarbeit mobilisiert.

Empowerment: We strengthen self-confidence and self-assertion and Empowerment mobilise civic engagement an a voluntary basis.

MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN | EIN EIGENSTÄNDIGES PROJEKT VON MANN-O-METER E.V.
Bülowstraße 106, 10783 Berlin | www.maneo.de | 030-2163336 | maneo@maneo.de
Spendenkonto: Mann-O-Meter e.V. | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 | BIC: BFSWDE33BER | Zweck: Opferhilfe.
Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

EHRENAMT?

EHRENSACHE!

Wir suchen engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter, die unsere Gewaltpräventionsarbeit unterstützen.

Bei MANEO verbinden sich hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit. In fast allen Bereichen der Projektarbeit sind ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt. Ohne ihr tatkräftiges Engagement wäre MANEO heute nicht das, was es heute ist: ein etabliertes, vielseitiges, anerkanntes und dynamisches Anti-Gewalt-Projekt. Für das Ehrenamt gelten bei MANEO Anforderungen und Standards, die für die Qualitätsentwicklung der Projektarbeit unabdingbar sind und deshalb auch sichergestellt werden.

➔ **Melde Dich! Schreibe uns**

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V. // Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER
(Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.

**LOTTO STIFTUNG
BERLIN**